**Zeitschrift:** Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art
**Herausgeber:** Visarte Schweiz
**Band:** - (2002)
**Heft:** 2: Tunnel or Bridge?

**Artikel:** Spielverderber = Rabat-joie
**Autor:** Weiss-Mariani, Roberta / Büchel, Christoph
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-625384

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 13.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Spielverderber

Ein Interview von Roberta Weiss-Mariani mit Christoph Büchel, dem Co-Autor des Projektes «Capital Affair»

**Für einmal sollen den Besuchern die Ausstellungsräume des Zürcher Helmhauses während eines Monats leer präsentiert werden – so wollten es die beiden Künstler Christoph Büchel und Gianni Motti. Und so hätte es im 16. Jahrhundert bestimmt auch der Zürcher Reformator Huldrych Zwingli, Urheber des Bilderverbots, bestimmt. Doch dass in denselben Räumlichkeiten fünfzigtausend Franken versteckt werden sollten mit der Aufforderung an das Publikum, diese zu suchen, hätte den puritanischen Reformator zu rigorosen Strafmassnahmen bewogen: Denn das Spielverbot figurierte damals in den von ihm streng überwachten Sittenmandaten.**

© Peter Zimmermann

Inzwischen ist die Spiellust gesellschaftsfähig geworden, auch in der Schweiz: Mit einer Dichte von einem Kasino pro 323 000 Einwohner ist sie zur europäischen Spitzenreiterin geworden. Und vor kurzem wurden gar neue Konzessionen für private Spielkasinos erteilt. Zudem fliessen (noch) jährlich viele Millionen in die staatlich bewilligten Lotteriekassen für gemeinnützige, kulturelle und wohltätige Zwecke. Bürgerinnen und Bürger können sich somit auch von den letzten Gewissensbissen befreien, wenn sie ihre hart verdienten Batzen in den Kauf von Lotto- und Tottokarten investieren möchten. Einzig in die Hallen der Kunst soll das Geldspiel nicht Einzug halten dürfen; dies der überstürzte Entscheid des frisch gebackenen Zürcher Stadtpräsidenten, Elmar Ledergerber. Nur: Worauf soll er ein solches Verbot stützen, heute, da sich die grosse Mehrheit der Zürcher längst von den alten zwinglianischen Sittenmandaten gelöst hat? Ein

schwieriges Unterfangen, insbesondere in einer Zeit, da die Verfassung die Kunstfreiheit sogar als Grundrecht garantiert. So ist es denn kein Wunder, dass sich der Stadtpräsident in einer finanz- und sozialpolitischen Argumentation verhedderte, die kaum zu überzeugen vermochte. Nicht reiflich überlegt hat er sich offenbar, dass in einer Stadt, die die Kultur zu einem wichtigen Standortfaktor erhoben hat, die temporäre Schliessung eines Museums auch entsprechende Mindereinnahmen in Betrieben, die vom Besucherstrom mitgenährt werden, zur Folge haben könnte. Fünfzigtausend weniger für das Museum und vielleicht das Zehnfache weniger für die Gesamtheit der Unternehmer und Arbeitnehmer der Stadt: für Verkehrsbetriebe, Restaurants, Buchhandlungen und weitere Museen. Eine diesbezügliche Erhebung wäre bestimmt aufschlussreich; insbesondere auch, da es sich einerseits um das Projekt zweier weit über die Landesgrenzen bekannter Schweizer Kunstschaffener handelt (das einen entsprechenden Besucherstrom anziehen würde) und da es sich anderseits um ein Suchspiel handelt, das Personen anlocken könnte, die kaum ein Museum besuchen würden. Ein Projekt notabene, das Bürgerinnen und Bürger eine Chance geben würde, ihr Glück nicht im Kasino, sondern in den Ausstellungsräumen des Helmhauses zu suchen. Und – wer weiss – vielleicht würden sie auch bereichert um Gedanken rund um Sinn und Wert der Kunst das Museum verlassen?

«Capital Affair» ist – wie die meisten Werke von Christoph Büchel und Gianni Motti – provokativ und wirft brisante und hochaktuelle Fragen auf. Während jedoch ihre Konzepte in anderen Städten auch umgesetzt wurden, durfte «Capital Affair» in der Form, wie es die Künstler konzipiert hatten, nicht stattfinden. Weshalb? Ist der Grund in der Natur des Kunstprojekts zu suchen oder bei den politischen und kulturellen Gremien der Stadt Zürich?

*Roberta Weiss-Mariani (RWM):* Christoph Büchel, worum geht es konkret in eurem Projekt «Capital Affair»?

*Christoph Büchel (CB):* Das Projekt bestand darin, das für die künstlerische Produktion zur Verfügung stehende Budget von Fr. 50 000.– als Ausgangsmaterial zu verwenden und in den leeren Ausstellungsräumen des Helmhauses zu verstecken. Wer das unter notarieller Aufsicht versteckte Dokument, das zum Erhalt des Geldes berechtigt, bis zum Ausstellungsende gefunden hätte, wäre in den Besitz des Geldes gekommen. Andernfalls wäre das Produktionsbudget Eigentum von uns Künstlern geworden. Bei Auffindung des Dokuments durch einen Besucher wäre das Museum für den Rest der Ausstellungszeit geschlossen worden. Bei Nichtauffindung des Dokuments hätten wir es am letzten regulären Ausstellungstag in Anwesenheit eines Notars öffentlich dem Versteck entnommen. Das Dokument wurde so versteckt, dass es jeder Besucher und jede Besucherin hätte finden könnten. (Es befindet sich übrigens auch jetzt noch im Versteck.) Die durch die Suche entstandenen Schäden wären durch einen speziell dafür vorgesehenen Teil des gesamten Ausstellungsbudgets, sowie durch Einnahmen der Eintrittsgelder, gedeckt worden.

*RWM:* Welche Überlegungen habt ihr in eurer Projekt verpackt?

*CB:* Das Projekt basierte auf der finanziellen Grundlage einer Ausstellung in einer von der öffentlichen Hand getragenen Ausstellungsinstitution.

Wir verzichteten auf die visuelle Präsenz einer Ausstellung von Kunstwerken zu Gunsten der psychologischen Präsenz einer ihrer Voraussetzungen, des blossen Produktionsbudgets.

Eine unsichtbare, einzig der Möglichkeit nach vorhandene Ausstellung wurde komprimiert auf das versteckte Produktionsbudget. Eine Art schwarzes Loch im «white cube» des leeren Museums, das alle Aktivität und Begehrlichkeit auf sich zieht.

Die weitere Gestaltung hätte das Publikum übernommen, das durch die Suche nach dem Produktionsbudget in der vermeintlichen Leere der Ausstellungsräume Spuren hinterlassen hätte – durch seine körperliche und gedankliche Arbeit in einem Spiel von Publikum versus Künstler.

Bei der vermeintlichen «Eröffnung» der Ausstellung, an der gleichzeitig deren Schliessung angekündigt werden musste, war es wirklich interessant anzusehen, wie die Besucher mit ihren Wohnungsschlüsseln die Wände aufkratzten, mit Sackmessern Sicherungskästen aufschraubten, mit Pendeln in den leeren Ausstellungsräumen standen, diese genaustens mit ihren Augen unter die Lupe nahmen, sich gegenseitig beobachteten und miteinander diskutierten. Was sucht ein Besucher in einer Kunstausstellung? «Sinn», Befriedigung, Ablenkung, bereichernde Erfahrung, intellektuelles Kapital, soziales Kapital, kulturellen Mehrwert?

Die für das Projekt von uns verwendete Sprache ist eine, die alle Leute sprechen: Geld, ein universeller Tauschwert. In der Schweiz, einem Land, das Geld, also bewirtschaftete Zeit, in grossen Mengen akkumuliert und das ziemlich gut im Suchen und Verstecken von Geld ist, wird dieses Thema mit grösster Diskretion behandelt, obwohl es allgegenwärtig ist. Was darf Kunst und Kultur kosten, wie viel ist sie der Gesellschaft und dem Staat wert?

Dass beispielsweise Besucherzahlen mit den Ausgaben einer staatlich finanzierten Kulturinstitution in einem adäquaten Verhältnis stehen müssten, ist von politischer Seite oft zu hören. Mit dieser Ausstellung wäre diese populistische Forderung mit Sicherheit erfüllt worden.

*RWM:* Worin seht ihr die Provokation von «Capital Affair» und wer sollte provoziert werden?

*CB:* Wenn Geld zum Material und Thema einer Ausstellung gemacht wird, muss man mit Reaktionen rechnen. Kalkulierbar sind diese nicht, wie auch das Verhalten des Stadtpräsidenten zeigte. Es ging nicht um unmittelbare Provokation oder darum ein weiteres Kunstskandälchen zu provozieren, sondern um die Möglichkeit, mittels eines katalysatorisch angelegten Projekts ein Diskussionspotenzial zu schaffen. Und dieses kann selten mit einer allseits gefälligen Ausstellung lanciert werden.

Anfänglich haben wir natürlich erwartet, dass unser Projekt bei der politischen Trägerschaft des Helmhauses auf Widerstand stossen würde. Doch nachdem wir dem Kulturdirektor der Stadt Zürich das Projekt vorgelegt hatten und dieses in all seiner Konsequenz bewilligt wurde, gingen wir logischerweise nicht mehr davon aus, dass man sich seitens der Stadt provoziert fühlen würde.

*RWM:* Ihr habt «Capital Affair» für das Helmhaus Zürich konzipiert. Hätte dieselbe Ausstellung auch in einer anderen Stadt geplant werden können?

*CB:* Nein, ich denke nicht, da die Banken-, Geld- und Zwinglimetropole Zürich ein idealer Standort ist, um eine solche Thematik in den Raum zu stellen, und da das Helmhaus als städtische Institution, die rein mit öffentlichem Geld finanziert wird, sich als idealer Ort für dieses Projekt geeignet hätte, auch hinsichtlich seiner Dimension, des «reformierten» Charakters seiner Räume und des zentralen Standorts des Hauses.

Im Kontext des Landes des Bankgeheimnisses, versteckter Konten und eines Landes, das sich den Luxus erlauben kann

Alle Abbildungen
© Christoph Büchel

abzustimmen, was es mit seinem überschüssigen Geld aus den frei gewordenen Goldreserven machen soll, hätte unsere Ausstellung, die in die Zeit einer entsprechenden Volksabstimmung gefallen wäre, wohl auch eine weitere politische Dimension erhalten.

Wenn es nach dem Stadtpräsidenten ginge, der unser Ausstellungsbudget an die flutgeschädigte Semperoper in Dresden schicken möchte, würde das Projekt eine Fortsetzung in einer anderen Stadt finden. Wobei ich nicht glaube, dass dieses populistische i-Tüpfelchen Ledergerbers, der typischerweise das bürgerlichste aller Kulturinstitute für seine Soforthilfe ausgewählt hat, mit Geld aus der Kulturkasse der Stadt Zürich durchgeführt werden kann. Damit hätte er erneut seine politischen Kompetenzen überschritten.

*RWM:* Die Ausstellung «Capital Affair» hätte vom 23. August bis 29. September stattfinden sollen. Erst am Tag der Eröffnung wurde euch der Beschluss des Stadtpräsidenten mitgeteilt. Hat euch die Intervention des Stadtpräsidenten überrascht? Und wie habt ihr auf die 60%ige Budgetkürzung reagiert?

*CB:* Das im Alleingang gefällte abschliessende Urteil des Stadtpräsidenten über Inhalt und Form unseres Projekts hat uns vor allem wegen des Zeitpunkts, unmittelbar vor der Pressekonferenz am Tag der Eröffnung, sowie wegen seiner erpresserischen autoritären Form und nicht zuletzt auch auf Grund der Tatsache, dass das Projekt lange vorher von der Kulturdirektion gutgeheissen worden war, schon einigermassen überrascht, trotz einer am Vorabend der Eröffnung stattfindenden Sitzung der Kunstkommission mit Ledergerber, der das Projekt kurzfristig ablasen wollte. Es war natürlich auch Ledergerbers politisches Kalkül, unsere Reaktionszeit auf ein Minimum zu beschränken. Zwei Stunden vor Beginn der Pressekonferenz wurde uns der Entscheid des Stadtpräsidenten mitgeteilt. Es hiess: Entweder findet die Ausstellung nicht statt oder aber mit einem Produktionsbudget von CHF 20 000.–. Verhandlungen über eine andere mögliche Lösung gab es nicht.

Ledergerber versuchte mit dem «Vorschlag» einer Budgetreduktion die Verantwortung für das Scheitern des Projekts auf uns Künstler abzuschieben, um unmittelbar darauf an der Pressekonferenz behaupten zu können, er hätte die Ausstellung nicht verboten, sondern würde vielmehr sehr bedauern, dass wir sie abgesagt hätten.

Falls wir mit seinem «Vorschlag» einverstanden gewesen wären, hätte der Stadtpräsident mit der Kürzung des vereinbarten Produktionsbudgets von CHF 50 000.– um 60% einen Präzedenzfall geschaffen, der auch Projekte anderer Kulturschaffender an städtisch subventionierten Institutionen gefährden könnte. Zudem hätten wir inhaltlich unser Projekt selbst demontiert.

*RWM:* Euer Projekt wurde während der Ausstellungsplanung vom Kurator des Helmhauses, Simon Maurer, begleitet und mit verschiedenen Personen und Gremien diskutiert. Sowohl die Kunstkommission der Stadt Zürich als auch die Museumsleitung stellten sich nach Museumsschliessung klar hinter das Projekt. Der neue Stadtpräsident hat seinen Beschluss ohne Rücksicht auf die kulturellen Entscheidungsgremien gefasst, welche sich seit vielen Jahren erfolgreich mit künstlerischen Projekten auseinander setzen und die – unserer Meinung nach – bestimmt auch über genügend politische Weitsicht verfügen, um die Auswirkungen einer provokativen künstlerischen Arbeit in der Öffentlichkeit abzuschätzen. Ein Sorgen erregendes Signal auch für zukünftige Ausstellungen. Was empfehlt ihr den Kunstschaffenden und Kuratoren für weitere Projekte im Helmhaus?

*CB:* Beneidenswert ist eine Stelle als «mayor-dependent curator» an dieser Ausstellungsinstitution in der gegenwärtigen politischen Abhängigkeit kaum.

Als Erfahrung aus dem Lehrstück «Capital Affair» kann ich nur allgemein empfehlen, das Helmhaus vom Amt des Stadt-

präsidenten politisch abzukoppeln, um die Programmautonomie dieser öffentlichen Kulturinstitutionen zu gewährleisten, wie das in anderen Städten der Fall ist.

Ein Stadtpräsident, der automatisch und ohne jegliche Fachkompetenz Kulturvorsteher wird, birgt die Gefahr, wie wiederholt gezeigt wurde, dass politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten, Ängste und politische Profilneurosen auf dem Rücken der Kultur ausgetragen werden und so die Kultur zu persönlichen und politischen Machtzwecken instrumentalisiert wird.

Wie schon vielfach erwähnt wurde, gehört es angeblich zur demokratischen Tradition der öffentlichen Kultureinrichtungen, dass sie in der Programmgestaltung unabhängig sind. Eingriffe in ihre künstlerischen Entscheidungen durch Politiker beschränken nicht nur die so genannte künstlerische Freiheit – an die ich noch nie glauben mochte –, sondern der Staat degradiert selbst seine eingesetzten Fachgremien zu unnützen Instrumenten. In der gegenwärtigen Diskussion um Einsparungen im Kulturbereich geht es nicht, wie immer wieder behauptet wird, um Kürzungen freiwilliger Leistungen, sondern um direkte Eingriffe in die Programmgestaltung und um die Verletzung staatlicher Verpflichtungen.

Insofern u. a. solche Mechanismen aufgezeigt und einige Diskussionen ausgelöst wurden, hat das Projekt auf einer diskursiven, medialen und kulturpolitischen Ebene funktioniert, was allerdings zu Lasten der nicht stattgefundenen Ausstellung geschah, die unserer Meinung nach ein weit grösseres Diskussionspotenzial gehabt hätte.

*RWM:* Das Museum blieb geschlossen, doch «Capital Affair» liegt noch als Pendenz auf dem Tisch der Präsidialabteilung. Nehmen wir an, der Stadtpräsident möchte seine Handlung überdenken, um die Aktion in ein anderes Licht zu rücken …

*CB:* Daran glaube ich nicht, dies würde die politische Glaubwürdigkeit Ledergerbers untergraben. Nochmals einen Rückzug wie im Zürcher Schauspielhausdebakel, das natürlich ganz andere Dimensionen hat, wird er sich nicht erlauben. Ich gehe davon aus, dass die Präsidialabteilung aus verschiedenen Gründen am liebsten Gras über die ganze Sache wachsen lassen will, unter anderem auch, da das kulturelle Klima in der selbst ernannten Kulturmetropole ziemlich unterkühlt ist und ihr Häuptling, der das Leder anders gerbt, vielleicht selber weiss, dass er die von Politikern heiss geliebte Bundesverfassung verletzt hat.

Von einem Politiker, der am Tag der Eröffnung einer Ausstellung im Alleingang radikale Budgetkürzungen vornimmt, sich als kuratorische Letztinstanz aufspielt, dabei behauptet, die Künstler hätten ihren Auftrag nicht erfüllt, da sie keine Ausstellung gestaltet hätten, und gleichzeitig öffentlich bedauert, dass die Ausstellung nicht stattfinden kann, ist ein Sinneswandel nicht zu erwarten.

# Rabat-joie

Une Interview par Roberta Weiss-Mariani avec Christoph Büchel, coauteur du projet «Capital Affair»

**Pour une fois, les visiteurs du Helmhaus de Zurich allaient se voir présenter des salles d'exposition vides pendant un mois – c'est ainsi que l'avaient voulu les deux artistes Christoph Büchel et Gianni Motti. Et telle aurait certainement été, au XVI^e siècle, la volonté du réformateur zurichois Huldrych Zwingli, auteur de l'interdiction des images. Mais cacher cinquante mille francs dans ces mêmes locaux et les donner à chercher au public, voilà qui aurait poussé le réformateur puritain à de rigoureuses sanctions: en effet, l'interdiction du jeu figurait alors dans ses commandements moraux soumis à une stricte observance.**

Depuis, le jeu est redevenu une habitude sociale, même chez nous: avec une densité d'un casino pour 323 000 habitants, la Suisse a pris la tête de l'Europe en la matière. Et l'on vient même d'octroyer de nouvelles concessions pour les casinos privés. De plus, les loteries au bénéfice d'une autorisation fédérale voient (encore) affluer des millions dans leurs caisses, à des fins d'utilité publique, culturelles et de bienfaisance. Les citoyens peuvent ainsi se libérer de leurs derniers remords d'investir leur argent durement gagné dans l'achat de cartes de loto et toto. Il n'y a que dans les lieux de l'art que les jeux d'argent ne doivent pas avoir leurs entrées, telle est la décision précipitée du maire fraîchement élu de Zurich, Elmar Ledergerber. Or: sur quoi s'appuie une telle interdiction, maintenant que la grande majorité des Zurichois s'est détachée des anciens commandements moraux de Zwingli? Une entreprise difficile, notamment à une époque où la Constitution institue elle-même la liberté artistique comme un droit fondamental. Il n'est donc pas étonnant que le maire se soit emberlificoté dans une argumentation de politique financière et sociale qui n'est guère parvenue à convaincre. Apparemment, il n'a pas réfléchi mûrement au fait que, dans une ville où la culture est devenue un important facteur de positionnement, la fermeture temporaire d'un musée pourrait avoir pour suite un manque à gagner équivalent dans les établissements que nourrit l'afflux des visiteurs. Cinquante mille francs de moins pour le musée et peut-être dix fois plus de perte pour la communauté des entrepreneurs et employés de la ville: pour les services de transports urbains, les restaurants, les librairies et les autres musées. Il serait certainement révélateur de chiffrer cet impact; notamment aussi parce qu'il s'agit du projet de deux créateurs suisses connus bien au-delà des frontières nationales (qui attireraient un flux de visiteurs correspondant); et comme c'est aussi un jeu de chasse au trésor, il pourrait faire venir des personnes à qui il ne viendrait pas à l'idée de visiter un musée. Un projet, nota bene, qui donnerait aux citoyens une occasion de tenter leur chance non pas au casino mais dans les salles d'exposition

Alle Abbildungen
© Christoph Büchel

du Helmhaus. Et – qui sait – peut-être s'enrichiraient-ils aussi d'une réflexion sur le sens et la valeur de l'art?

«Capital Affair» – comme la plupart des œuvres de Christoph Büchel et de Gianni Motti – provoque et pose des questions d'une actualité brûlante. Alors que dans d'autres villes, leurs concepts sont mis en œuvre, «Capital Affair» n'a pas pu avoir lieu dans la forme conçue par les artistes. Pourquoi? Faut-il chercher la cause dans la nature du projet artistique ou dans les organes politiques et culturels de la ville de Zurich?

*Roberta Weiss-Mariani (RWM):* Christoph Büchel, de quoi s'agit-il concrètement dans votre projet «Capital Affair»?

*Christoph Büchel (CB):* Le projet consistait à utiliser comme matériel de départ le budget de CHF 50 000.– à disposition pour la production artistique et de le cacher dans les salles d'exposition vides du Helmhaus. Celui qui aurait trouvé avant la fin de l'exposition le document, caché en présence d'un notaire, qui donne droit à recevoir l'argent, en serait devenu propriétaire. Autrement, le budget de production serait devenu propriété des artistes. Si un visiteur avait trouvé le document, le musée aurait été fermé pour le reste de la période d'exposition. Dans le cas contraire, nous l'aurions retiré de sa cachette en présence d'un notaire le dernier jour officiel de l'exposition. Le document était caché de manière à ce que tout visiteur eût pu le trouver.

(D'ailleurs, il se trouve toujours dans sa cachette.) Les dégâts occasionnés par les activités de recherche auraient été couverts par une réserve spéciale sur le budget de l'exposition, ainsi que par les recettes des entrées.

*RWM:* Quelles réflexions avez-vous placées dans votre projet?

*CB:* Le projet était basé sur la base financière d'une exposition dans une institution financée par les pouvoirs publics.

Nous avons renoncé à la présence visuelle d'une exposition d'œuvres d'art en faveur de la présence psychologique d'une de ses conditions préalables, le simple budget de production.

Une exposition invisible, contingente, a été comprimée à l'état de cachette recélant le budget de production. Une sorte de trou noir dans le «white cube» du musée vide, qui attire à lui toutes les activités et les désirs.

C'est le public qui aurait poursuivi la réalisation du projet, en cherchant le budget de production dans les salles d'exposition apparemment vides, et en y laissant des traces – par son travail physique et mental – une partie public contre artistes.

Lors de la prétendue «ouverture» de l'exposition, qui fut en même temps l'annonce de sa clôture, il fut vraiment intéressant de voir comment les visiteurs grattaient les murs avec leurs clés, dévissaient les boîtes à fusibles à l'aide de couteaux de poche, se tenaient, le pendule à la main, dans les salles vides, dont ils examinaient méticuleusement chaque recoin, s'observaient réciproquement et engageaient des conversations.

Que cherche un visiteur dans une exposition d'art? Du «sens», de la satisfaction, de la distraction, une expérience enrichissante, du capital intellectuel, social, une plus-value culturelle?

La langue que nous utilisons est une langue que tout le monde parle: celle de l'argent, une monnaie d'échange universelle. En Suisse, un pays où l'argent, autrement dit le temps exploité, est accumulé en grandes quantités et qui est passé maître dans l'art de chercher et de cacher l'argent, ce sujet, pourtant omniprésent, est traité avec la plus grande discrétion.

Combien doivent coûter l'art et la culture, combien valent-ils pour la société et l'Etat?

Dans les milieux politiques, on entend souvent dire que par exemple le nombre de visiteurs doit correspondre dans une proportion raisonnable aux dépenses d'une institution financée par l'Etat. Avec cette exposition cette exigence populiste aurait été remplie.

*RWM:* A quoi tient la provocation dans «Capital Affair» et qui devait être provoqué?

*CB:* Lorsque l'argent devient le matériel et le thème d'une exposition, on doit s'attendre à des réactions. Elles ne sont pas prévisibles, comme l'a montré le comportement du maire. Il ne s'agissait pas de provocation immédiate ni de provoquer un autre mini-scandale artistique, mais de la chance de créer un potentiel de discussion au moyen d'un projet catalysateur. Difficile de le lancer avec une exposition qui plaise à tout le monde.

Au début, nous nous attendions naturellement à ce que notre projet rencontre de la résistance chez les responsables politiques du Helmhaus. Mais une fois que le projet a été soumis au Directeur de la culture de la ville de Zurich qui l'a approuvé en toute conséquence, nous n'avions logiquement plus de raisons de supposer que quelqu'un de la ville se sentirait provoqué.

*RWM:* Vous avez conçu «Capital Affair» pour le Helmhaus de Zurich. La même exposition aurait-elle pu aussi être planifiée dans une autre ville?

*CB:* Non, je ne pense pas, car la métropole des banques, de l'argent et de Zwingli qu'est Zurich est un emplacement idéal pour mettre en scène un tel sujet, et parce que le Helmhaus, une institution gouvernementale financée uniquement par des fonds publics, aurait été l'endroit idéal pour ce projet, de par ses dimensions également, le caractère «réformé» de ses salles et l'emplacement central de la maison.

Notre exposition aurait encore pu prendre une dimension politique de plus dans le contexte du pays du secret bancaire, des comptes secrets, d'un pays qui peut s'offrir le luxe de voter sur ce qui doit advenir de ses réserves superflues d'or libérées, si elle avait eu lieu au moment d'une telle votation populaire.

S'il n'en tenait qu'au maire, qui voudrait envoyer le budget de notre exposition au Semperoper de Dresde, endommagé par les inondations, le projet se poursuivrait dans une autre ville. Mais je ne crois pas que cette cerise sur le gâteau démagogique de Ledergerber, qui a choisi comme par hasard le plus bourgeois des instituts culturels pour son aide immédiate, puisse être financée par la caisse culturelle de la ville de Zurich. Ce serait outrepasser une nouvelle fois ses compétences politiques.

*RWM:* L'exposition «Capital Affair» aurait duré du 23 août au 29 septembre. Ce n'est que le jour de l'ouverture que la dé-

cision du maire vous a été communiquée. Son intervention vous a-t-elle surpris? Et comment avez-vous réagi à la réduction de 60% du budget?

*CB:* Ce jugement pris par le maire de son propre chef sur le contenu et la forme de notre projet nous a déjà surpris dans une certaine mesure surtout à cause du moment choisi, immédiatement avant la conférence de presse le jour de l'ouverture ainsi que de la forme de chantage autoritaire de sa notification, sans oublier le fait que le projet avait été approuvé longtemps auparavant par la direction de la culture, malgré une réunion de la Commission artistique avec Ledergerber, qui voulait souffler le projet, la veille de l'ouverture. Naturellement, le calcul politique de Ledergerber était de réduire à un minimum notre temps de réaction. Deux heures avant le début de la conférence de presse, la décision du maire nous a été communiquée: soit l'exposition n'aura pas lieu, soit elle a lieu avec un budget de CHF 20 000.–. Il n'y a pas eu de négociations en vue d'une éventuelle autre solution.

Ledergerber a essayé, en proposant une réduction du budget, de rejeter sur nous la responsabilité de l'échec du projet, afin de pouvoir dire immédiatement après à la conférence de presse qu'il n'avait pas interdit l'exposition mais qu'il regretterait beaucoup que nous l'ayons annulée.

Si nous avions accepté sa «proposition», le maire aurait créé un précédent en réduisant de 60% le budget de production convenu, lequel aurait pu mettre en danger des projets d'autres créateurs de culture dans le cadre d'institutions subventionnées par l'Etat. De plus, du point de vue du sens, nous aurions démoli nous-mêmes notre projet.

*RWM:* Pendant la planification de l'exposition, votre projet a été suivi par le curateur du Helmhaus, Simon Maurer, et discuté avec plusieurs personnes et organes. Tant la Commission artistique de la ville de Zurich que la direction du musée ont clairement soutenu le projet même après la fermeture du musée. Le nouveau maire a pris sa décision sans tenir compte des organes de décision culturels, qui s'étaient occupés de projets artistiques depuis de nombreuses années avec succès et qui – à notre avis – ont certainement aussi assez de clairvoyance politique pour estimer les conséquences d'un travail artistique provocateur sur le public. Un signe inquiétant pour les futures expositions. Que conseillez-vous aux créateurs et aux curateurs pour les futurs projets au Helmhaus?

*CB:* Le poste de «mayor-dependent curator» de cette institution d'exposition, dans la situation actuelle de dépendance politique, n'est guère enviable.

A l'expérience de la pièce d'apprentissage «Capital Affair», je ne peux que conseiller en règle générale de dissocier politiquement le Helmhaus de la mairie, afin de garantir l'autonomie de programme de cette institution culturelle publique, comme c'est le cas dans d'autres villes.

Un maire qui devient automatiquement et sans aucune compétence spécialisée proviseur à la culture, comme il a été démontré à plusieurs reprises, représente le risque que des dépendances politiques et économiques, des peurs et des névroses politiques s'épanouissent sur le dos de la culture et que celle-ci soit instrumentalisée à des fins de pouvoir personnel et politique.

Comme il a été plusieurs fois mentionné, il semble de tradition démocratique que les institutions culturelles publiques soient indépendantes dans leur programmation. Les interventions de politiciens dans leurs concepts de création ne limitent

pas seulement la liberté artistique – à laquelle je n'ai encore jamais voulu croire – mais l'Etat dégrade lui-même les organes spécialisés qu'il a institués à l'état d'instruments inutiles. Lors de la discussion actuelle sur les économies dans le domaine culturel, il ne s'agit pas, comme on le suppose toujours, de réduction de prestations bénévoles mais d'interventions directes dans la programmation et d'une atteinte aux obligations étatiques.

Dans la mesure où, entre autres de tels mécanismes ont été mis en évidence et certaines discussions lancées, le projet a fonctionné à un niveau discursif, médiatique et de politique culturelle. Toutefois, à notre avis, l'exposition frappée de non-lieu en a souffert, car elle aurait eu un potentiel discursif bien plus considérable.

*RWM:* Le musée est resté fermé, pourtant le dossier «Capital Affair» est encore sur le bureau du maire. Supposons qu'il reconsidère son acte, pour éclairer l'action sous un nouveau jour …

*CB:* Je n'y crois pas, car pour Ledergerber, ce serait enterrer toute crédibilité politique. Il ne se permettra pas un autre revirement comme celui de la débâcle du Schauspielhaus de Zurich, qui a naturellement de toutes autres dimensions. Je suppose, pour plusieurs raisons, que la mairie se dépêchera de faire oublier l'histoire, entre autres aussi parce que le climat culturel de la soi-disant métropole culturelle est singulièrement refroidi et que son prince, qui commence à nous tanner[1], sait peut-être très bien qu'il a manqué de respect à la Constitution fédérale, chère aux politiciens.

Il n'y a pas à attendre de changement de mentalité d'un politicien qui, le jour de l'ouverture d'une exposition, opère de son propre chef une réduction draconienne de budget, s'institue curateur en dernière instance, prétendant que les artistes n'ont pas rempli leur tâche car ils n'ont pas réalisé d'exposition, tout en regrettant publiquement que l'exposition n'a pas pu avoir lieu.

1 Le nom d'Elmar Ledergerber signifie tanneur de cuir (n. d. t.)